

# Der überraschende Plastiksünder

- 15.05.2020
- Aargauer Zeitung / Gesamt Regio
- Maja Briner

Maja Briner Plastiksäckli, Verpackungen, Trinkröhrli: Sie stehen häufig im Fokus, wenn es um Umweltschäden durch Kunststoffe geht. Doch der grösste Sünder ist ein anderer - der Verkehr. Rund 8000 Tonnen Kunststoffe gelangen jedes Jahr als Reifenabrieb in die Umwelt, wie der Bund errechnet hat. Das Profil der Pneu wird langsam kleiner und ein grosser Teil des Abriebs landet in Böden und Gewässern. Erst an zweiter Stelle kommt das viel diskutierte Littering mit rund 2700 Tonnen Plastik, das in die Umwelt gelangt.

Das teilte das Bundesamt für Umwelt gestern mit. Weggeworfen werden vor allem Zigarettenstummel und Verpackungsreste, wie eine Untersuchung von See- und Flussufern zeigte. Teils überraschend sind die weiteren Verschmutzungsquellen. Laut dem Bericht «Plastik in der Schweizer Umwelt», den eine Beratungsfirma im Auftrag des Bundes erstellt hat, werden unter anderem auch von Kunstrasen, von Baustellen und vom Abrieb von Schuhsohlen Kunststoffe freigesetzt (siehe Grafik). Abrieb wird kaum abgefangen Das Bundesamt für Umwelt kommt gestützt auch auf weitere Daten - etwa aus Abwasseranlagen - zum Schluss, dass neben Reifenabrieb und Littering vor allem aus drei Bereichen Plastik in die Umwelt gelangt: Landwirtschaft (1000 Tonnen), Bau (900 Tonnen) und Grüngut (800 Tonnen).

Insgesamt landen laut dem Bund rund 14 000 Tonnen in Böden und Gewässern. Zum Vergleich: In der Schweiz kommen j ährlich rund 1 Million Tonnen Kunststoffe zum Einsatz. Dass nicht noch mehr Plastik in der Natur landet, ist vor allem der Reinigung von Plätzen und Strassen zu verdanken. Tausende Tonnen liegengelassener Abfall werden dank der Putzequipen korrekt entsorgt. Die winzigen Teile vom Pneuabrieb gelangen hingegen grösstenteils in der Umwelt: Nur rund ein Viertel wird von Abwasseranlagen abgefangen.

Plastik in 30 Metern Tiefe Das Problem dabei: Bis Kunststoffe abgebaut sind, dauert es sehr lange. In der Schweiz wurden kleinste Partikel - sogenannter Mikroplastik - bereits in der Luft, in Seen, Flüssen und in Böden nachgewiesen. Im Zürichsee wurde selbst in 30 Metern Tiefe noch Mikroplastik entdeckt. Welche Folgen dies hat für Menschen, Tiere und Ökosysteme: Diese wichtige Frage kann der gestern veröffentlichte Bericht nicht beantworten. Bekannt ist, dass grosse Plastikteile für Tiere gefährlich sein können - Bilder von Fischen und Vögeln, die sich in Plastik verheddern und verenden, gingen längst um die Welt.

Unklar sind laut dem Bericht aber die Auswirkungen von Mikroplastik auf Menschen und Tiere. Trotz dieser Unsicherheiten fordern die Studienautoren: Die Belastungen müssten reduziert werden. Weil die Kunststoffe sich nur sehr langsam abbauen, reichern sie sich in der Umwelt an, mahnen sie. Dadurch werde das «Risiko für Menschen und Tiere mit der Zeit zunehmen». Die Politik hat den Ball bereits aufgenommen: Das Parlament hat den Bund im Herbst beauftragt, mit den betroffenen Branchen das Problem anzupacken.

Das will das Bundesamt für Umwelt nun tun - einen Zeitplan gibt es dafür aber nicht. Politischer Druck gibt es auch bezüglich Reifenabrieb: Die Präsidentin von Pro Natura, SP-Nationalrätin Ursula Schneider Schüttei, fordert in einem Vorstoss einen Bericht zum Thema - und weitere Massnahmen. Das sei reine Symbolpolitik, kritisiert Thomas Hurter, SVP-Nationalrat und Präsident des Automobil-Clubs der Schweiz. «Aktuell gibt es keine Alternative zu den heutigen Pneu. Im Interesse der Verkehrssicherheit wollen wir keinen längeren Bremsweg», sagt er.

Und die Schweiz habe gar keine eigene Reifenproduktion. «Deshalb benötigen wir keine eigenen Studien, von denen es schon genügend gibt.» Zu wenig Platz für Anlagen Schneider Schüttei sagt, ihr gehe es vor allem darum, den Abrieb zu eliminieren, bevor er in der Umwelt landet - zum Beispiel mit Strassenabwasserreinigungsanlagen. Davon gebe es noch zu wenige. Laut Bundesamt für Umwelt sieht die Gewässerschutzpolitik vor, dass das Abwasser bei viel befahrenen Strassen behandelt werden muss.

Allerdings fehle innerorts oft der Platz für solche Anlagen, räumt die Behörde ein. Weitere Massnahmen im Kampf gegen den Reifenabrieb würden die Autofahrer direkt treffen: Der Bund listet etwa auch leichtere Autos und tiefere Fahrgeschwindigkeiten als mögliche Massnahmen auf - politisch mehrheitsfähig ist das allerdings kaum..